



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

54. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. Juli 2001

Nummer 39

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NRW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203024	15. 3. 2001	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Schutzhelme für Dienstkräfte in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen	860
203203	28. 5. 2001	RdErl. d. Finanzministeriums Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen	860
20531	15. 5. 2001	RdErl. d. Innenministeriums Behandeln Unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)	860
2125	22. 5. 2001	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Chemisches Landes- und Staatliches Veterinäruntersuchungsamt	860
23210 232	14. 5. 2001	RdErl. d. Innenministeriums, zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller Landesministerien Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Verordnung über bautechnische Prüfungen – VV BauPrüfVO –	860
238	12. 4. 2001	RdErl. d. Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport Zweckbestimmung der Wohnungen des Zweiten Förderungsweges	861
6300	12. 4. 2001	RdErl. des Innenministeriums Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände (VV Gliederung und Gruppierung)	862
6300	17. 4. 2001	RdErl. d. Innenministeriums Verwaltungsvorschriften über die Muster zu Bestimmungen der Gemeindeordnung (GO) und der Gemeindehaushaltungsverordnung (GemHVO) (VV Muster zur GO und GemHVO)	862
7803	22. 5. 2001	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Staatliche Veterinäruntersuchungsämter des Landes Nordrhein-Westfalen	862
79033	15. 3. 2001	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Werkzeug und Schutzausrüstung in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen	862

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NRW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
2. 5. 2001	Bek. – Honorarkonsularische Vertretung von Tonga, Düsseldorf	862
9. 5. 2001	Bek. – Honorarkonsularische Vertretung von Litauen, Düsseldorf	863
	Finanzministeriums	
18. 5. 2001	RdErl. – Durchführung des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2000	863

I.**203024**

**Schutzhelme für Dienstkräfte
in den staatlichen Forstbetrieben
des Landes Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministeriums
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. 15. 3. 2001 –
III – 1 – 13-19-00.10

Der RdErl. d. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 18. 9. 1969 (MBL. NRW. 1969 S. 1692; SMBL. NRW. 203024) wird aufgehoben.

– MBL. NRW. 2001 S. 860.

203203

**Durchführung
der Verordnung über die Gewährung
von Erschwerniszulagen**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 28. 5. 2001 –
B 2126 – 65 – IV A 3

I

Nummer 3 meines RdErl. v. 27. 1. 1977 (SMBL. NRW. 203203) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 3.11 werden die Worte „vom 17. September 1976 (BGBI. I S. 2805)“ durch die Worte „vom 4. März 1991 (BGBI. I S. 533) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
2. Nummer 3.2 erhält folgende Fassung:

3.2 Die Baustellenzulage wird in monatlichen Pauschalzäten gezahlt. Sie beträgt:	
3.2.1 in den Fällen der Nr. 3.11	41,- Euro
3.2.2 in den Fällen der Nrn. 3.12 bis 3.14	26,- Euro
3.2.3 bei Vorliegen der Voraussetzungen der Nr. 3.15 zusätzlich	10,- Euro

II

Abschnitt I Nr. 2 tritt am 1. 1. 2002 in Kraft.

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

– MBL. NRW. 2001 S. 860.

20531

**Behandeln Unkonventioneller
Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV)**

RdErl. d. Innenministeriums v. 15. 5. 2001 –
IV C 2 – 6049

1

Wird eine unkonventionelle Spreng- oder Brandvorrichtung (USBV) entdeckt, sind die Maßnahmen zur Abwehr der von ihr ausgehenden Gefahr vorrangig (PDV 100, Nr. 4.12). Lässt sich die Ungefährlichkeit des Gegenstandes nicht zweifelsfrei feststellen, ist ein Entschärfer des Landeskriminalamtes (LKA) hinzuzuziehen. Die Polizeibehörden fordern Unterstützung durch Entschärfer des LKA schriftlich, in Eilfällen mündlich vorab, bei den Bezirksregierungen (BR) an. Die BR fordert ggf. die Entschärfer beim LKA an.

2

Dem Entschärfer obliegt die Prüfung, Entschärfung und Beseitigung des Gegenstandes unter Beachtung der Anlage 8a zur PDV 403. Hinsichtlich der weiteren Behandlung der USBV als Verwahrstück gilt Nummer 3.4.5 des RdErl. v. 24. 10. 1983 (SMBL. NRW. 20510)

3

Bei den Maßnahmen zur Strafverfolgung sind die Vorschriften des Tatmitteldienstes und die „Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei der Bekämpfung politisch motivierter Gewaltkriminalität“ zu beachten.

4

Der RdErl. v. 26. 2. 1992 (SMBL. NRW. 20531) wird aufgehoben.

– MBL. NRW. 2001 S. 860.

2125

**Chemisches Landes-
und Staatliches Veterinäruntersuchungsamt**

Bek. d. Ministeriums
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
v. 22. 5. 2001 – I-5 – 01.16 –

Die Bek. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 25. 3. 1994 (MBL. NRW. S. 540), zuletzt geändert durch Bek. v. 19. 11. 1999 (MBL. NRW. S. 1394), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Gesetz vom 19. März 1996 (GV. NRW. S. 136)“ durch die Worte „Art. 10 des Zweiten Modernisierungsgesetzes vom 9. Mai 2000 (GV. NRW. S. 462)“ ersetzt.
2. In Nummer 1 Abs. 1 Satz 1, in Nummer 1 Abs. 1 Satz 4 sowie in Nummer 2.1 werden die Worte „Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft“ durch die Worte „Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ ersetzt.
3. In Nummer 1 Abs. 1 Satz 3 sowie in Nummer 2.3 wird das Wort „Technologie“ durch das Wort „Energie“ ersetzt.
4. Nummer 1 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Die Gliederung des Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes ergibt sich aus dem Organisationsplan, der dem Ministerium vorzulegen ist.“

– MBL. NRW. 2001 S. 860.

23210**232**

**Änderung der Verwaltungsvorschrift
zur Verordnung über bautechnische Prüfungen
– VV BauPrüfVO –**

RdErl. d. Ministeriums
für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport v. 14. 5. 2001 – II A 2 – 111

Der RdErl. des Ministeriums für Bauen und Wohnen vom 8. 3. 2000 (MBL. NRW. S. 478) wird wie folgt geändert:

1. In der Anlage I/1 Blatt 2 Nr. 15 und Blatt 3 Nr. 9 wird die Angabe „DM“ durch die Angabe „€“ ersetzt.
2. In der Anlage I/2 Blatt 2 Nr. 7 wird die Angabe „DM“ durch die Angabe „€“ ersetzt.
3. In der Anlage I/3 wird in dem Abschnitt „Genaue Bezeichnung des Vorhabens“ in der Spalte „Herstellungskosten einschließlich Montagekosten und Umsatzsteuer“ die Angabe „DM“ durch die Angabe „€“ ersetzt.
4. In der Anlage I/8 Blatt 4 Nr. 7 „Betriebsform“ werden in den Zeilen „Jahreseinkünfte aus Haupterwerb“ und „Jahreseinkünfte aus Nebenerwerbsbetrieb“ die Angaben „DM“ durch die Angaben „€“ ersetzt.

5. In der Anlage II/1 wird in der Überschrift der Spalte 9 „Rohbausumme Herstellungskosten“ die Angabe „(DM)“ durch die Angabe „(€)“ ersetzt.

Die Änderungen treten am 1. 1. 2002 in Kraft.

– MBl. NRW. 2001 S. 860.

238

Zweckbestimmung der Wohnungen des Zweiten Förderungsweges

RdErl. d. Ministeriums
für Städtebau und Wohnen,
Kultur und Sport v. 12. 4. 2001 –
IV B 3-6231-572/01

Der RdErl. des Innenministers v. 31. 3. 1980 (SMBL. NRW. 238) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende neue Fassung:

„Zweckbestimmung der Wohnungen des Zweiten und Dritten Förderungsweges“

2. Die Nummer 1 erhält folgende neue Fassung

,1 Anwendungsbereich

Diese Bestimmungen sind auf alle Wohnungen anzuwenden, die nach §§ 88 oder 88d des Zweiten Wohnungsbaugetzes (II. WoBauG)

- a) mit Aufwendungszuschüssen oder -darlehen aus nichtöffentlichen Mitteln oder
- b) mit Aufwendungszuschüssen oder -darlehen aus nichtöffentlichen Mitteln und zusätzlich mit nichtöffentlichen Baudarlehen oder
- c) mit nichtöffentlichen Baudarlehen nach § 88d II. WoBauG im Dritten Förderweg (vereinbarte Förderung)

gefördert worden sind oder gefördert werden. Mit Aufwendungszuschüssen oder -darlehen und Baudarlehen aus Bundes- und/oder Landesmitteln wurden oder werden derartige Wohnungen insbesondere nach folgenden Förderungsbestimmungen bewilligt:

3. In Nummer 1.7 werden die Worte „in der jeweiligen Fassung“ gestrichen.

4. Nummer 1.8 erhält folgende neue Fassung:

,1.8 „Wohnungsbauförderungsbestimmungen“, RdErl. v. 30. 9. 1997 (SMBL. NRW. 2370), in der jeweiligen Fassung.“

5. Die bisherige Nummer 1.8 wird Nummer 1.9.

6. Nummer 3 wird wie folgt neu gefasst:

,3 Zu §§ 88a Abs. 1 und 88d II. WoBauG: Zweckbestimmungen der Wohnungen“

7. In Nummer 3.22 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Die Bescheinigung gilt für die Dauer eines Jahres; die Frist beginnt am Ersten des auf die Ausstellung der Bescheinigung folgenden Monats.“

8. In Nummer 3.24 Satz 1 werden die Angaben „1.7 und 1.8“ durch die Angaben „1.7 bis 1.9“ ersetzt.

9. In Nummer 3.24 Satz 2 wird der Klammerzusatz „(Nummer 2.31 WFB 1984 in der jeweiligen Fassung)“ durch den Klammerzusatz „(Nummern 1.7 oder 1.8)“ ersetzt.

10. In Nummer 3.24 Satz 3 wird der Klammerzusatz „(Nr. 2.31 Satz 5 WFB 1984)“ gestrichen.

11. In Nummer 3.27 Satz 2 entfällt die Jahreszahl „1990“.

12. Nummer 3.41 wird wie folgt neugefasst:

,3.41 Aufgrund der Zweckbestimmung nach §§ 88a Abs. 1 II. WoBauG darf die geförderte Wohnung weder ganz noch teilweise anderen als Wohnzwecken zugeführt oder durch bauliche Maßnahmen derart verändert werden, dass sie für Wohnzwecke nicht mehr geeignet ist. Dies gilt entsprechend für die nach § 88d II. WoBauG geförderten Wohnungen auch außerhalb des Geltungsbereichs der Zweckentfremdungsverordnung, wenn die Fördervorschriften oder die vertraglichen Vereinbarungen dies vorsehen.“

13. In Nummer 3.42 Satz 1 werden die Wörter „v. 24. 4. 1990 (GV. NW. S. 251/SGV. NW. 238)“ durch die Wörter „v. 4. 7. 1995 (GV. NRW. S. 610/SGV. NRW. 238)“ ersetzt.

14. Nummer 4 wird wie folgt neugefasst:

,4 Zu §§ 88a Abs. 2 und 88d II. WoBauG: Dauer der Zweckbestimmung“

15. Nummer 4.1 wird wie folgt neugefasst:

,4.1 Die Zweckbestimmung beginnt

- a) mit dem Zugang des Bewilligungsbescheides, wenn Aufwendungszuschüsse oder -darlehen nach § 88a II. WoBauG oder das Baudarlehen nach § 88d II. WoBauG vor der Bezugsfertigkeit bewilligt werden,
- b) mit der Bezugsfertigkeit, wenn Aufwendungszuschüsse oder -darlehen vor der Bezugsfertigkeit beantragt, aber erst danach bewilligt werden,
- c) mit dem Zugang des Bewilligungsbescheides, wenn Aufwendungszuschüsse oder -darlehen nach der Bezugsfertigkeit beantragt und bewilligt werden.“

16. Nummer 4.2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) nach den Wörtern „Aufwendungsausschüsse oder -darlehen“ werden die Wörter „oder das Baudarlehen“ angefügt

b) die Wörter „oder der Bauherrin/dem Bauherrn“ werden durch die Wörter „oder die Bauherrin/der Bauherr“ ersetzt.

17. In Nummer 4.3 Satz 1 werden in der Zeile des 1. Spiegelstrichs die Nummern „1.1 bis 1.6“ durch die Nummern „1.1 bis 1.4 und 1.6“ und in der Zeile des 2. Spiegelstrichs die Nummern „1.7 und 1.8“ durch die Nummern „1.5, und 1.7 bis 1.9“ ersetzt.

18. In Nummer 4.3 Satz 2 werden bei Buchstabe b) die Wörter „Nummern 1.2 bis 1.8“ durch die Wörter „Nummern 1.2 bis 1.9“ ersetzt.

19. Nummer 4.4 wird wie folgt neugefasst:

,4.4 Die Dauer der Zweckbestimmung wird durch einen Wechsel der/des Verfügungsberechtigten nicht berührt. Die durch den Bewilligungsbescheid und den Zuschuss- oder Darlehensvertrag begründeten Verpflichtungen gelten auch für die Verfügungsberechtigte/den Verfügungsberechtigten, die/der die Wohnung durch Rechtsgeschäft erworben hat, ohne in den Zuschuss- oder Darlehensvertrag eingetreten oder dessen Verpflichtungen übernommen zu haben. Dies gilt entsprechend für die nach § 88d II. WoBauG geförderten Wohnungen, wenn dies die Fördervorschriften oder die vertraglichen Vereinbarungen vorsehen. Aufwendungszuschüsse, Aufwendungsdarlehen und Baudarlehen können nicht auf eine andere Wohnung übertragen werden.“

20. In Nummer 6.11 Satz 1 Buchst. b) wird die Ziffer „1.8“ durch die Ziffer „1.9“ ersetzt.

21. Nummer 6.2 wird wie folgt neugefasst:

- „6.2 Vorzeitige Beendigung der Zweckbestimmung nach § 88c Abs. 3 II. WoBauG

Die vorzeitige Beendigung der Zweckbestimmung setzt voraus, dass die Bauherrin/der Bauherr oder ihre/sein Rechtsnachfolgerin/Rechtsnachfolger in vollem Umfang, das heißt für alle geförderten Wohnungen des Objektes oder der Wirtschaftseinheit, auf die weitere Auszahlung der Aufwendungszuschüsse und/oder Aufwendungsdarlehen verzichtet (§ 88c Abs. 3 S. 1 und 2 II. WoBauG). Eine Rückzahlung des Aufwendungsdarlehens im Sinne von § 88c Abs. 3 Satz 3 II. WoBauG liegt nur dann vor, wenn die Bauherrin/der Bauherr oder ihre/sein Rechtsnachfolgerin/Rechtsnachfolger über den Verzicht auf die weitere Auszahlung des Aufwendungsdarlehens hinaus die schon ausgezahlten Raten des Aufwendungsdarlehens für das Objekt oder die Wirtschaftseinheit zurückgezahlt hat, so dass keinerlei Darlehensverpflichtungen mehr vorhanden sind und neue Darlehensverpflichtungen nicht entstehen.“

22. In Nummer 7.1 Satz 2 entfällt zweimal die Jahreszahl „1990“.

23. In Nummer 7.2 werden die Wörter „5,- DM je Mietwohnung“ durch die Wörter „2,50 Euro (bis 31. 12. 2001: 5,- DM) je Wohnung“ ersetzt.

24. In Nummer 7.3 werden die Wörter „nach § 88a oder 88b II. WoBauG“ durch die Wörter „nach §§ 88a, 88b II. WoBauG oder die aufgrund des § 88d II. WoBauG eingegangenen Verpflichtungen“ ersetzt.

25. Dieser Erlass tritt mit Ablauf des 30. April 2006 außer Kraft.

– MBl. NRW. 2001 S. 861.

6300

Verwaltungsvorschriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände (VV Gliederung und Gruppierung)

RdErl. d. Innenministeriums v. 12. 4. 2001 III B 3 –
61.30.24 – 1190/01

Mein RdErl. v. 27. 11. 1995 (SMBL. NRW. 6300) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 3.5.3 werden im Bereich .5 in Absatz 2 nach dem Wort „unmittelbar“ die Wörter „oder mittelbar“ eingefügt.
2. Die durch diesen Erlass vorgenommene Änderung tritt zum 1. 1. 2002 in Kraft.

– MBl. NRW. 2001 S. 862.

6300

Verwaltungsvorschriften über die Muster zu Bestimmungen der Gemeindeordnung (GO) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) (VV Muster zur GO und GemHVO)

RdErl. d. Innenministeriums v. 17. 4. 2001
III B 3 – 61.30.25 – 1208/01

Mein RdErl. v. 27. 11. 1995 (SMBL. NRW. 6300) wird wie folgt geändert:

1. Die in den Anlagen 1–18 des Runderlasses enthaltene Bezeichnung „DM“ wird durch die Bezeichnung „EUR“ und die Bezeichnung „TDM“ wird durch die Bezeichnung „TEUR“ ersetzt.

2. Die durch diesen Erlass geänderten Bestimmungen sind – soweit nicht vorab eine Regelung durch Einzel-Erlaß getroffen wurde – erstmals für das Haushaltsjahr 2002 anzuwenden.

Von einer Neuveröffentlichung der Anlagen 1–18 wird abgesehen.

– MBl. NRW. 2001 S. 862.

7830

Staatliche Veterinäruntersuchungsämter des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Ministeriums
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
v. 22. 5. 2001 – I-5 – 01.10

Der RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 23. 8. 1995 (MBl. NRW. S. 1457), zuletzt geändert durch RdErl. v. 25. 3. 1999 (MBl. NRW. S. 475), wird wie folgt geändert:

1. In Abschnitt I. Abs. 1 Satz 1 und in Abschnitt I. Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft“ durch die Worte „Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ ersetzt.
2. Abschnitt I. Abs. 3 Satz 4 erhält folgende Fassung:
„Abweichungen vom Musterorganisationsplan sind dem Ministerium vorzulegen, soweit sich aus den dem Musterorganisationsplan beigefügten Anmerkungen nicht etwas anderes ergibt.“

– MBl. NRW. 2001 S. 862.

79033

Werkzeug und Schutzausrüstung in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Ministeriums
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. 15. 3. 2001 –
III – 1 – 13-19-00.10

Der RdErl. d. Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 15. 12. 1972 (MBl. NRW. 1973 S. 285), zuletzt geändert d. RdErl. vom 1. 9. 1989 (MBl. NRW. 1989 S. 1246); SMBL. NRW. 79033) wird aufgehoben.

– MBl. NRW. 2001 S. 862.

II.

Ministerpräsident

Honorarkonsularische Vertretung von Tonga, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten
v. 2. 5. 2001 – III.6 450c – 1/82

Die Bundesregierung hat der Höherstufung des Leiters der honorarkonsularischen Vertretung von Tonga in Düsseldorf und der Erweiterung des Konsularbezirks zugestimmt und Herrn Alexander Müller das Exequatur am 19. April 2001 als Honorargeneralkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Saarland.

– MBL. NRW. 2001 S. 862.

Familienzuschlag der Stufe 1 ist für die Zeit vom 1. 1. 2001 bis zum 31. 12. 2001 auf 183,62 DM monatlich bzw. 192,84 DM monatlich, der Stufe 2 auf 348,60 DM monatlich bzw. 357,82 DM monatlich festgelegt worden.

Honorarkonsularische Vertretung von Litauen, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 9. 5. 2001 – III.6 432.3-1

Die Bundesregierung hat der Verlegung des Dienstsitzes der honorarkonsularischen Vertretung von Litauen von Dortmund nach Düsseldorf zugestimmt und Herrn Prof. Dr. Gramke am 26. April 2001 das geänderte Exequatur als Honorarkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfaßt weiterhin die Länder Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen.

Die Anschrift lautet:

40474 Düsseldorf, Felix-Klein-Straße 6
Tel: 0211/436186-60
Fax: 0211/436186-61

– MBL. NRW. 2001 S. 863.

Finanzministerium

Durchführung des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2000

RdErl. d. Finanzministeriums v. 18. 5. 2001 – B 2104 – 46.2 – IV A 2

Zur Durchführung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2000 – BBVAnpG 2000 – vom 19. 4. 2001 (BGBl. I S. 618) i. V. m. der Bekanntmachung nach Artikel 4 Abs. 3 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2000 und nach § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung vom 20. 4. 2001 (BGBl. I S. 648) weise ich im Einvernehmen mit dem Innenministerium auf Folgendes hin:

1

Besoldung und Versorgung

1.1

Gegenüber dem Gesetzentwurf, auf dessen Grundlage nach meinem RdErl. v. 20. 11. 2000 (MBL. NRW. S. 1614) Abschlagszahlungen zu leisten waren, ist im Gesetzgebungsverfahren eine Änderung insoweit eingetreten, als die lineare Anpassung der Bezüge der Beamten und Richter sowie der Versorgungsempfänger nunmehr auch die Familienzuschläge der Stufen 1 und 2 umfaßt. Der

1.2

Die entsprechende Änderung der Mindestversorgungsbezüge ist in der Anlage 2 aufgeführt.

Anlage 2

1.3

Die in den Anlagen des vorgenannten RdErl. mitgeteilten Bezügebestandteile, Sätze der Mehrarbeitsvergütung und der Erschwerniszulagen für das Jahr 2001 sind endgültig den Bezügezahlungen zugrunde zu legen.

1.4

Die zum 1. Januar 2001 erhöhten Anwärterbezüge für die ab dem 1. Januar 1999 neu eingestellten Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sind mit den mitgeteilten Beträgen (s. o. g. RdErl.) endgültig den Bezügezahlungen zugrunde zu legen.

1.5

Der Erhöhungsbetrag des Familienzuschlags für dritte und weitere Kinder und für das Jahr 2001 ist durch Artikel 5 des Gesetzes zur Neuordnung der Versorgungsabschläge vom 19. 12. 2000 (BGBl. I S. 1786) geregelt worden. Der Vorbehalt im Hinblick auf die verfassungsgerichtliche Überprüfung bleibt bestehen.

1.6

Die mit den Bezügen für Januar 2001 abschlagsweise gewährte Einmalzahlung für die Monate September bis Dezember 2000 an die Beamten der Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 ist ebenfalls als endgültig zu behandeln. Aufgrund der sich nach dem vorliegenden Gesetz ergebenden Erweiterung des Empfängerkreises für die Einmalzahlung auf die Beamten in den Besoldungsgruppen A 10 und A 11 ist der entsprechende Betrag unter Beachtung der mit meinem RdErl. v. 20. 11. 2000 (s.o.) gegebenen Hinweise nachzuzahlen.

1.7

Die sich zum 1. 1. 2002 ergebenden Beträge der zu diesem Zeitpunkt angepaßten Bezügebestandteile sind der beigefügten Anlagen 3 bis 8 zu entnehmen und dort in Euro ausgewiesen.

Anlagen 3-8

2

Jährliche Sonderzuwendung

Die mit o. g. RdErl. mitgeteilten Bemessungsfaktoren für den Grundbetrag der Sonderzuwendungen der Jahre 2000 und 2001 bleiben unverändert. Das Bundesministerium des Innern hat den Faktor für das Jahr 2002 mit 0,8631 ermittelt und festgesetzt. Für die unter § 82 BBesG fallenden Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bleibt es beim bisherigen Faktor (0,9360).

3

Anlage 2 zum Landesbesoldungsgesetz

Die Anlage 2 zum LBesG wird mit den aktuellen Beträgen nachfolgend bekannt gemacht (Anlage 1).

Anlage 1

Anlage 1**Anlage 2 zum LBesG
(Stand 1.1.2001)****Anrechnungsbetrag, Beträge der Zulagen (Monatsbeträge)****Anrechnungsbetrag nach § 4 Satz 2**

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8:	85,35 DM
- in den übrigen Besoldungsgruppen:	90,61 DM

Zulagen

nach Nr. 2.2 der Vorbemerkungen	1.000,00 DM
---------------------------------	-------------

nach Nr. 2.3 Abs. 1 der Vorbemerkungen:	
---	--

Besoldungsgruppe	bis <u>31.12.1998</u>	ab <u>1.1.1999</u>	Ab <u>1.1.2000</u>	ab <u>1.1.2001</u>	Ab <u>1.1.2002</u> bis <u>31.12.2002</u>
A 1 bis A 5	113,41 DM	90,73 DM	68,05 DM	45,36 DM	11,60 Euro
A 6 bis A 9	170,74 DM	136,59 DM	102,44 DM	68,30 DM	17,46 Euro
A 10 bis A 13	284,05 DM	227,24 DM	170,43 DM	113,62 DM	29,05 Euro
A 14, A 15, C 1, C 2 und R 1	369,04 DM	295,23 DM	221,42 DM	147,62 DM	37,74 Euro
A 16, B 2 bis B 4, C 3, C 4, R 2 bis R 4	457,92 DM	366,34 DM	274,75 DM	183,17 DM	46,82 Euro
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	556,25 DM	445,00 DM	333,75 DM	222,50 DM	56,88 Euro
B 8 bis B 10, R 8	663,27 DM	530,62 DM	397,96 DM	265,31 DM	67,82 Euro

nach Nr. 2.5 der Vorbemerkungen	186,84 DM
---------------------------------	-----------

nach FN 2 zur BesGr. A 12	150,00 DM
---------------------------	-----------

nach FN 1 zur BesGr. A 13	92,45 DM
---------------------------	----------

nach FN 2 zur BesGr. A 13	35,00 DM
---------------------------	----------

nach FN 3 zur BesGr. A 13	150,00 DM
---------------------------	-----------

nach FN 5 zur BesGr. A 13	150,00 DM
---------------------------	-----------

nach FN 1 zur BesGr. A 14	92,45 DM
---------------------------	----------

nach FN 2 zur BesGr. A 14 (Amtszulage)	290,71 DM
--	-----------

nach FN 4 zur BesGr. A 14 (Amtszulage)	290,71 DM
--	-----------

nach FN 7 zur BesGr. A 14	150,00 DM
---------------------------	-----------

nach FN 1 zur BesGr. A 15 (Amtszulage) mit Erreichen der letzten Dienstaltersstufe	326,57 DM 502,31 DM
---	------------------------

nach FN 3 zur BesGr. A 15 (Amtszulage)	290,71 DM
--	-----------

nach FN 9 zur BesGr. A 15 (Amtszulage)	290,71 DM
--	-----------

Anlage 2

Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen ab 1. Januar 2001

Personenkreis		§ 40 Abs. 1 BBesG; Art. 1 § 2 Abs. 2, 3 HStruktG	§ 40 Abs. 4 BBesG
Stufe des Familienzuschlags	-- ⁴⁾	1	½
Grundgehalt (Endstufe A 4)	3.368,55	3.368,55	3.368,55
Familienzuschlag	--	183,62	91,81
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge (RD)	3.368,55	3.552,17	3.460,36
Ruhegehalt (65% von RD)	2.189,56	2.308,91	2.249,24
Mindestruhegehalt (§ 14 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG)	2.189,56	2.308,91	2.249,24
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	60,00	60,00	60,00
Mindestversorgung des Ruhestandsbeamten (§ 14 Abs. 4 Satz 2, 3 BeamtVG)	2.249,56	2.368,91	2.309,24
Mindestwitwengeld (60% von MR)	--	1.385,35	--
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	--	60,00	--
Mindestversorgung der Witwe (§ 20 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 4 Satz 2, 3 BeamtVG)	--	1.445,35	--
Mindesthalbwaisengeld (12% von MR) ¹⁾	--	277,07	--
(§ 24 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG)	--	437,92	461,79
Mindestvollwaisengeld (20% von MR) ¹⁾ (§ 24 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG)	2.526,42	2.664,13	2.595,27
Ruhegehalt (75% von RD)	2.526,42	2.664,13	2.595,27
Mindestunfallruhegehalt (§ 36 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 BeamtVG)	2.526,42	2.664,13	2.595,27
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	60,00	60,00	60,00
Mindestunfallversorgung des Ruhestandsbeamten (§ 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG)	2.586,42	2.724,13	2.655,27
Mindestunfallwitwengeld (60% von MUR) ¹⁾	--	1.598,48	--
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	--	60,00	--
Mindestunfallversorgung der Witwe (39 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG)	--	1.658,48	--
Mindestunfallwaisengeld (30% von MUR) ^{1,2)}	757,93	799,24	--
(§ 39 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG)	--	319,70	--
Mindesthalbwaisengeld (12% von MUR) ¹⁾	505,29	532,83	--
Mindestvollwaisengeld (20% von MUR) ¹⁾ (§ 39 Abs. 2 BeamtVG)	1.034,57	1.089,66	--
Unterhaltsbeitrag (40% von MUR+E) (§ 40 BeamtVG)			
Mindestkürzungsgrenzen (§ 53 Abs. 2 Nr. 1,2 BeamtVG)	5.052,83	5.328,26	5.190,54
Ruhestandsbeamter (150% von RD)	--	5.328,26	--
Witwe (150% von RD)	2.021,14	2.131,31	--
Waise (40% vom Betrag des Ruhestandsbeamten)	4.419,63	4.626,20	4.522,91
Mindestkürzungsgrenzen (§ 53 Abs. 2 Nr. 1,2 a.F. ³⁾ , § 53 a Abs. 2 BeamtVG)	4.210,69	4.440,22	4.325,45
Ruhestandsbeamter (125% von RD)	--	4.440,22	--
Witwe (125% von RD)	1.684,28	1.776,09	--
Waise (40% vom Betrag des Ruhestandsbeamten)			

Erläuterung:

MR = Mindestruhegehalt
 MUR = Mindestunfallruhegehalt
 RD = Ruhegehaltfähige Dienstbezüge
 E = Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamVG)

Anmerkung:

- 1) Die §§ 25, 42 BeamVG sind zu beachten. Der Erhöhungsbetrag nach § 14 Abs. 4 Satz 3 BeamVG und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamVG (einschl. des Erhöhungsbetrages - Satz 2 unterhalb der Tabelle in der Anlage V des BBesG -) sowie der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.
- 2) Waisengeld gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 2 BeamVG in Höhe von 30 v.H. des Unfallruhegehaltes kommt bei Kriegsunfallversorgung nicht in Betracht.
- 3) vgl. §§ 53 Abs. 9, 69 Abs. 1 Nr. 2 u. 5, 69 a Nr. 2, 69 c Abs. 4 BeamVG
- 4) Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 1 Nr. 3 und 4 BBesG und des Art. 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStruktG erfüllen, erhalten den Familienzuschlag der Stufe 1.

Zu den Mindestversorgungsbezügen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamVG. Entsprechendes gilt für die Mindestkürzungsgrenzen der Ruhestandsbeamten und Witwen. Im Falle des § 53 Abs. 2 Nr. 3 BeamVG ist ein zustehender Unterschiedsbetrag (§ 50 Abs. 1 BeamVG) nicht in die Anteilsberechnung (75 %) einzubeziehen. Zum Mindestvollwaisengeld tritt ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein zustehender Unterschiedsbetrag (§ 50 Abs. 1 BeamVG) in die Anteilsberechnung (40%) einzubeziehen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamVG beträgt für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind jeweils 164,98 DM, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind jeweils 422,43 DM; hinzu kommt für das erste zu berücksichtigende Kind ein Erhöhungsbetrag von 10,00 DM und für jedes weitere zu berücksichtigende Kind ein Erhöhungsbetrag von 40,00 DM.

1. Bundesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				Stufe				4-Jahres-Rhythmus			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12				
A 1	1338,14	1372,50	1406,86	1441,22	1475,58	1509,94	1544,30									
A 2	1411,65	1445,74	1479,83	1513,93	1548,02	1582,13	1616,22									
A 3	1470,53	1506,81	1543,08	1579,36	1615,64	1651,92	1688,20									
A 4	1503,93	1546,65	1589,35	1632,07	1674,78	1717,49	1760,20									
A 5	1516,08	1570,77	1613,26	1655,75	1698,25	1740,73	1783,23	1825,72								
A 6	1551,98	1598,64	1645,29	1691,94	1738,60	1785,26	1831,92	1878,57	1925,23							
A 7	1620,19	1662,12	1720,83	1779,54	1838,24	1896,95	1955,66	1997,58	2039,52	2081,46						
A 8		1721,69	1771,85	1847,09	1922,32	1997,55	2072,79	2122,95	2173,10	2223,27	2273,42					
A 9		1834,32	1883,67	1963,96	2044,26	2124,55	2204,85	2260,05	2315,25	2370,45	2425,65					
A 10	1976,48	2045,07	2147,94	2250,82	2353,70	2456,57	2525,16	2593,74	2662,32	2730,91						
A 11		2278,37	2383,78	2489,19	2594,61	2700,03	2770,30	2840,57	2910,86	2981,14	3051,41					
A 12		2450,28	2575,97	2701,64	2827,32	2953,00	3036,78	3120,57	3204,35	3288,14	3371,92					
A 13		2758,01	2893,72	3029,44	3165,15	3300,86	3391,34	3481,82	3572,29	3662,77	3753,25					
A 14		2870,44	3046,44	3222,42	3398,41	3574,40	3691,73	3809,06	3926,38	4043,71	4161,04					
A 15						3737,16	3930,65	4085,45	4240,24	4395,03	4549,83	4704,62				
A 16						4127,57	4351,35	4530,38	4709,42	4888,43	5067,46	5246,49				

Gültig ab 1.Januar 2002

noch Anlage 3

2. Bundesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	4704,62
B 2	5473,00
B 3	5798,27
B 4	6138,96
B 5	6529,83
B 6	6898,94
B 7	7257,99
B 8	7632,22
B 9	8096,87
B 10	9539,79
B 11	10353,56

Besoldungsgruppe	Stufife										15				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10					
C 1	2577,05	2667,53	2758,01	2848,48	2938,96	3029,44	3119,90	3210,39	3300,86	3391,34	3481,82	3572,29	3662,77	3753,25	
C 2	2582,69	2726,88	2871,08	3015,27	3159,46	3303,65	3447,84	3592,03	3736,22	3880,41	4024,59	4168,78	4312,97	4457,17	4601,36
C 3	2843,98	3007,25	3170,51	3333,78	3497,04	3660,31	3823,57	3986,83	4150,10	4313,37	4476,62	4639,89	4803,15	4966,42	5129,68
C 4	3612,61	3776,73	3940,85	4104,97	4269,10	4433,21	4597,33	4761,45	4925,57	5089,69	5253,82	5417,93	5582,05	5746,17	5910,29

Gültig ab 1. Januar 2002

4. Bundesbesoldungsordnung R

Basoldungsgruppe	Stufe Lebensalter											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1	2961,89	3097,61	3169,06	3353,36	3537,66	3721,96	3906,27	4090,57	4274,87	4459,18	4643,48	4827,78
R 2			3610,23	3794,54	3978,84	4163,14	4347,45	4531,75	4716,05	4900,34	5084,65	5268,94

R 3	5798,27
R 4	6138,96
R 5	6529,83
R 6	6898,94
R 7	7257,99
R 8	7632,22
R 9	8096,87
R10	9951,13

5. Besoldungsordnung H
Gültig ab 1. Januar 2002

870

Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 39 vom 4. Juli 2001

noch Anlage 3

Grundgehaltssätze
(Monatsbezüge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe													
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
H 1	2577,05	2667,53	2758,00	2848,48	2938,96	3029,43	3119,91	3210,39	3300,86	3391,34	3481,82	3572,29	3662,77	3753,25
H 2	2635,77	2753,10	2870,43	2987,76	3105,09	3222,41	3339,74	3457,07	3574,40	3691,73	3809,06	3926,38	4043,71	4161,04
H 3	2898,69	3027,68	3156,68	3285,68	3414,67	3543,66	3672,66	3801,65	3930,65	4059,65	4188,65	4317,64	4446,63	4575,63
H 4	3157,86	3307,05	3456,23	3605,42	3754,61	3903,80	4053,00	4202,17	4351,37	4500,55	4649,75	4798,93	4948,11	5097,31
														5246,49

Hinweis:

Soweit nach Artikel 10 § 1 Abs. 1 und 2 das 2. BesVNG die frühere Landesbesoldungsordnung H weiterhin Gültigkeit hat, werden die dort genannten DM-Beträge ab 1.1.2002 wie folgt auf Euro-Beträge umgestellt:

Vorbermerkung 2 zur Besoldungsordnung H:	bisher	250,00 DM	ab 1.1.2002	127,82 Euro
Fußnote 1 zu Besoldungsgruppe H 1:		1.800,00 DM		920,33 Euro
Fußnote 2 zu Besoldungsgruppe H 1:		1.500,00 DM		766,84 Euro
Fußnote 3 zu Besoldungsgruppe H 1:		1.200,00 DM		613,55 Euro
Fußnote 4 zu Besoldungsgruppe H 1:		1.500,00 DM		766,84 Euro
Fußnote 1 zu Besoldungsgruppe H 2:		3.000,00 DM		1533,88 Euro
Fußnote 2 zu Besoldungsgruppe H 2:		1.500,00 DM		766,94 Euro
Fußnote 3 zu Besoldungsgruppe H 2:		3.000,00 DM		1533,88 Euro
Fußnote 4 zu Besoldungsgruppe H 2:		18.000,00 DM		9203,25 Euro
Fußnote 1 zu Besoldungsgruppe H 3:		3.000,00 DM		1533,88 Euro
Fußnote 2 zu Besoldungsgruppe H 3:		3.000,00 DM		1533,88 Euro
Fußnote 1 zu Besoldungsgruppe H 4:		18.000,00 DM		9203,25 Euro

Gültig ab 1. Januar 2002

Anlage 4
(Anlage V des BBesG)

Familienzuschlag
 (Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2)
Besoldungsgruppen A 1 bis A 8	95,96	182,17
übrige Besoldungsgruppen	100,78	186,99

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 86,21 Euro, für das dritte und jedes weitere Kind um 114,35 Euro.

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 1 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 25,56 Euro, in Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro, und in Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. § 4 LBesG

- in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8: 44,60 Euro,
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 47,35 Euro.

Anlage 5

Gültig ab 1. Januar 2002

1. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

Amtszulagen nach	Betrag in Euro
1.1 BBesO A und B	
Vbm. Nr. 21	159,90
FN 1 zur BesGr. A 2	29,29
FN 1 und 5 zur BesGr. A 3	54,01
FN 2 zur BesGr. A 3	29,29
FN 1 und 4 zur BesGr. A 4	54,01
FN 2 zur BesGr. A 4	29,29
FN 3 zur BesGr. A 5	29,29
FN 4 und 6 zur BesGr. A 5	54,01
FN 6 zur BesGr. A 6	29,29
FN 3 und 6 zur BesGr. A 9	218,04
FN 7 und 8 zur BesGr. A 12	126,64
FN 7 zur BesGr. A 13	151,91
FN 11,12 und 13 zur BesGr. A 13	221,58
FN 5 zur BesGr. A 14	151,91
FN 7 zur BesGr. A 15	151,91
1.2 BBesO R	
FN 1 und 2 zur BesGr. R 1	167,96
FN 3 bis 7 und 10 zur BesGr. R 2	167,96
FN 3 zur BesGr. R 3	167,96

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie noch gewährt werden

Amtszulagen nach/für	Betrag in Euro
FN 2 und 4 zur BesGr. A 14	151,91
FN 1 zur BesGr. A 15 mit Erreichen der letzten Dienstaltersstufe	170,64 262,48
FN 3 und 9 zur BesGr. A 15	151,91

Anlage 6**Gültig ab 1. Januar 2002****Stellenzulagen, die an linearen Besoldungserhöhungen teilnehmen**

Stellenzulagen nach	Betrag in Euro
Vbm. Nr. 27 Abs. 1 BBesO A und B	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	15,68
Doppelbuchstabe bb	61,35
Buchstabe b	68,17
Buchstabe c	68,17
Vbm. Nr. 2b BBesO C	68,17

Anlage 7
Gültig ab 1. Januar 2002

Sätze der Mehrarbeitsvergütung

nach Art. 2 Abs. 1 Nr. 3 BBVAnpG 2000

ab 1. Januar 2002

§ 4 Abs. 1 MVergV:

A 1 bis A 4	9,54 Euro
A 5 bis A 8	11,27 Euro
A 9 bis A 12	15,47 Euro
A 13 bis A 16	21,33 Euro

§ 4 Abs. 3 MVergV:

Nummer 1	14,40 Euro
Nummer 2	17,84 Euro
Nummer 3	21,18 Euro
Nummern 4 u. 5	24,74 Euro

Gültig ab 1. Januar 2002

Anlage 8
(Anlage VIII des BBesG)
Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 1 bis A 4	678,75
A 5 bis A 8	782,75
A 9 bis A 11	829,27
A 12	949,69
A 13	977,06
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1007,16

– MBL. NRW. 2001 S. 863.

Einzelpreis dieser Nummer 7,95 DM
 zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
 Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahres-
 bezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
 Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabinserwendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt: die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
 Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf
 Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569